

Die Glaadter Umgemeindungsbestrebungen

Verhandlungen im Beisein des Regierungsvizepräsidenten

JUNKERATH. Wir haben letztmalig im März 1949 über die Loslösungsbestrebungen des Ortsteils Glaadt von Jünkerath berichtet. Durch ein Gesetz des preußischen Landtages vom März 1930 wurde die bis dahin selbständige Gemeinde Glaadt mit der aus Ortsteilen von Feusdorf, Gönnersdorf und Schüller gebildeten Talgemeinde Jünkerath verschmolzen.

Im Herbst 1948 hatten nun rund 140 Einwohner des Ortsteils Glaadt mit einer Eingabe an den Innenminister beantragt, die alte Gemeinde Glaadt wieder von Jünkerath zu trennen und selbständig zu machen. Dieser Antrag wurde hauptsächlich damit begründet, daß der Ortsteil Glaadt rein ländlichen und der Ortsteil Jünkerath städtischen Charakter habe. Die Belange würden von Jünkerath nicht genügend vertreten. Der Landrat wurde dann zum Bericht aufgefordert. In mehrfachen Verhandlungen mit dem Gemeinderat und in öffentlichen Versammlungen versuchte er die Gegensätze zu überbrücken. Weil dies nicht gelang, erschienen Regierungsvizepräsident Dr. Müller und Oberregierungsrat Lichter aus Trier am letzten Montag zu einer erneuten Gemeinderatssitzung im Gasthof Schmengler in Jünkerath. Landrat Feldges und Landtagsabgeordneter Hermann aus Daun waren ebenfalls anwesend. Es waren auch eine größere Anzahl Zuhörer erschienen.

Bürgermeister Gülden leitete die Sitzung. Regierungsvizepräsident Dr. Müller wies darauf hin, daß er vor der Entscheidung über den Glaadter Antrag das Für und Wider genau kennen lernen wolle, um objektiv zu dem Problem Stellung nehmen zu können. Bürgermeister Gülden betonte, daß in den der Zusammenlegung 1930 vorausgegangenen Verhandlungen kein Zwang auf Glaadt ausgeübt worden sei. Der Ortsteil Glaadt sei auch bisher nie von Jünkerath benachteiligt worden. Von den Glaadtern, die im Herbst den Ausgemeindungsantrag mit unterschrieben hätten, sei ein Großteil dagegen. Wenn dem Antrag stattgegeben und die neue Kolonie, wie dies Glaadt fordere, zu Glaadt geschlagen würde, bestände die Gemeinde Glaadt zu 40 Prozent aus Landwirten und 60 Prozent aus Arbeitern und Gewerbetreibenden. Die Verhältnisse wären also dieselben wie heute in Jünkerath. Bürgermeister Gülden bat daher, den Antrag der Glaadter abzulehnen.

Auf Anregung des Gemeinderatsmitgliedes Stump (Glaadt) wurde der ursprüngliche Glaadter Antrag verlesen. Gemeinderatsmitglied Hüppen (Glaadt) erklärte, daß auf die alte Gemeinde Glaadt 1930 wohl ein Druck ausgeübt worden sei. Glaadt könne aus kommunalpolitischen und wirtschaftlichen Gründen nicht bei Jünkerath bleiben.

Der Vertreter des Amtes Lissendorf legte dar, daß Glaadt als selbständige Gemeinde selbst bei erheblicher Anspannung der Steuerschraube einen größeren Fehlbetrag im Haushaltsplan behielte. Von den vorhandenen 88 ha Gemeindegewald entfielen 66 ha auf Glaadt und 22 ha auf Jünkerath. Mit einem nennenswerten Ertrag aus dem Wald sei aber auf Jahre hinaus nicht zu rechnen.

Gemeinderatsmitglied Leinen (Glaadt) bezweifelt, daß viele Mitunterzeichner der Eingabe ihre Unterschrift jetzt zurückziehen würden. Trotz der verhältnismäßig hohen Aufwendungen der Gesamtgemeinde Jünkerath für den Straßenbau seien die Wegeverhältnisse in Glaadt schlecht.

Der Regierungsvizepräsident forderte die Glaadter Vertreter auf, die Beweise für die Benachteiligung des Ortsteiles Glaadt durch Jünkerath zu erbringen. Darauf wurden hauptsächlich die schlechten Wege- und Brückenverhältnisse angeführt. Im übrigen beanspruche Glaadt die ganze neue Kolonie. (Bei einer Probeabstimmung an der Glaadter Schule haben sich die Eltern von 22 Kindern für die ländlichen Ferien und von 23 für die städtischen Ferien ausgesprochen.)

Nachdem noch eine geheime Abstimmung in Glaadt über den Glaadter Antrag vorgeschlagen worden war, wurde die Gemeinderatssitzung für etwa eine halbe Stunde unterbrochen, um den Zuhörern aus beiden Orten Gelegenheit zu geben, zu dem Problem Stellung zu nehmen. Den Vorsitz übernahm jetzt Landrat Feldges. Landtagsabgeordneter Hartmann ging zunächst auf die Verhältnisse und langwierigen Verhandlungen bis zur Umgemeindung 1930 ein. Nach dem Probeat für Glaadt verbliebe ein jährlicher Fehlbetrag von mehreren tausend DM. Wenn keine Einigung zustande käme, werde der Landtag gemäß § 8 (3) der Gemeindeordnung durch Gesetz zu entscheiden haben. Hartmann regte auch an zu prüfen, ob dem

Ortsteil Glaadt bei der Festsetzung des Wassergeldes entgegen gekommen werden könnte. Im übrigen trat er dafür ein, daß Jünkerath und Glaadt die kleineren Differenzen unter sich ausmachen sollten. Den Glaadtern legte er nahe, ihren Antrag zurückzuziehen, da Glaadt allein wohl nicht lebensfähig sei. Zuschüsse des Landes seien aber in diesem Falle nicht zu erwarten.

In der weiteren regen Aussprache wurden keine wesentlichen neuen Momente vorgebracht. Landrat Feldges mahnte zur Einsicht. Er schlug auch vor, für Glaadt einen Ortswart zu bestellen, der Anregungen und Anträge entgegen nehmen und an den Bürgermeister herantragen könnte. Die öffentliche Versammlung war damit beendet und die Gemeinderatssitzung wurde wieder fortgesetzt.

Der Regierungsvizepräsident betonte, daß die Sachlage offensichtlich bisher zu sehr aus Gefühlsmomenten beurteilt worden sei. Das Tatsachenmaterial sei so, daß ihm der Antrag von Glaadt, künftig wieder ein Eigenleben zu führen, wenig begründet erscheine. Er werde jetzt dafür eintreten, daß die Entscheidung bald getroffen werde. Dies wäre sehr zu begrüßen.

Traktor stürzte bei Glaadt in die Kyll

Der baldige Wiederaufbau der massiven Brücke dringend notwendig

JUNKERATH. Die Glaadter Brücke über die Kyll wurde bei Kriegsende mit den vielen anderen Brücken gesprengt. Sie wurde durch eine Holznotbrücke ersetzt, die den Anforderungen des Verkehrs bei weitem nicht genügt.

Der Gemeinderat hat sich häufig mit dem Projekt des Wiederaufbaus der massiven Brücke befaßt. Auch der Kreisausschuß hat sich zweimal an Ort und Stelle vom dem Notstand überzeugt. Wenige Monate vor der Währungsreform war schon ein erheblicher Betrag für den Bau von der Regierung zur Verfügung gestellt worden. Aber es fehlte an Leuten und Material. Seit der Währungsreform ist der Bau von den Glaadtern immer wieder angestrebt worden. Leider war aber die Finanzierung bisher noch nicht möglich. Die Notbrücke ist infolge der Ueberbeanspruchung und der durch Hochwasser verursachten Beschädigungen so schlecht, daß die Polizeiverwaltung Schilder hat anbringen lassen müssen, die besagen, daß die Ueberfahrt nur auf eigenes Risiko erfolgen kann.

Am letzten Montag überzeugten sich

Regierungsvizepräsident Dr. Müller und Oberregierungsrat Lichter von der Regierung in Trier persönlich von der Unhaltbarkeit dieses Zustandes. Sie hatten die Notbrücke kaum passiert, als ein hinterherkommender Traktor, der dem Brückenrand zu nahe gekommen war, mit dem Anhänger in die Kyll stürzte, die glücklicherweise nicht viel Wasser führte. Der Fahrer geriet bei dem Sturz unter den Traktor, duckte sich aber geistesgegenwärtig so zusammen, daß er mit verhältnismäßig geringen Verletzungen davonkam. Der praktische Arzt Dr. Jansen, der sich in der Nähe in der Gemeinderatssitzung befand, war bald zur Stelle und leistete die erste Hilfe.

Dieser Vorfall, der leicht schlimme Folgen hätte haben können, beweist erneut, daß der baldige Wiederaufbau der Glaadter Brücke dringend notwendig ist. Es ist anzunehmen, daß die beiden Regierungsvertreter für einen namhaften Staatszuschuß eintreten werden, damit der polizeiwidrige Zustand bald beseitigt werden kann.

Fuchskaulweg bei Jünkerath wird gebaut

Einstimmiger Beschluß der Gemeindevertretung

JUNKERATH. Bei Kriegsende wurde von den deutschen Truppen auch die hohe Brücke im Zuge des Weges von Glaadt zum Distrikt Fuchskaul gesprengt. Seitdem können die Glaadter 600 Morgen ihrer Ländereien nur auf einem langen und für Fuhrwerke beschwerlichen Umwege erreichen. Hier, Abhilfe zu schaffen ist dringend notwendig.

Da der Wiederaufbau der Brücke zu kostspielig wäre, ist geplant, einen Damm aufzuschütten und darüber den Weg anzulegen. Aber auch die Kosten für diesen Bau kann die Gemeinde Jünkerath nicht aus eigener Kraft aufbringen. Die Landesregierung hat daher eine Beihilfe gewährt. Das Projekt wurde aber noch nicht in Angriff genommen, da der Jünkerather Gemeinderat die Ausführung zurückstel-

len wollte, bis über den Antrag, Glaadt wieder zu einer selbständigen Gemeinde zu machen, endgültig entschieden sei.

In der Gemeinderatssitzung am Montag wurde nun im Beisein des Regierungsvizepräsidenten Dr. Müller und des Landrats Feldges einstimmig beschlossen, daß sofort mit der Dammaufschüttung zur Anlegung des wichtigen Weges begonnen werden solle. Der Gemeinderat betonte, daß dieser Beschluß ein neuer Beweis für das Bestreben der Gemeinde Jünkerath sei, auch den Belangen des Ortsteils Glaadt voll und ganz gerecht zu werden. Mit Zustimmung auch der Glaadter Gemeindevorteiler erhielt der Gemeinderatsbeschluß den Zusatz, daß Glaadt später der Gemeinde Jünkerath die durch die Staatsbeihilfe nicht gedeckten Kosten ersetzen müßte, wenn dem Ausgemein-